So sicher wie nie? „Eine Illusion“

Ministerpräsident Kretschmann kündigt in einer Regierungserklärung massive Anstrengungen zur Verteidigungsbereitschaft an

Von Theo Westermann, RNZ Stuttgart

„Unser Ziel ist Frieden. Wir brauchen Aufrüstung, um den Frieden zu sichern“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (l., hier 2022 bei einem Besuch in der Albkaserne) jetzt in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag. Foto: dpa

Stuttgart. Die Anwesenheit von hohen Offizieren, darunter Generalleutnant André Bodemann, Stellvertreter des Befehlshabers des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr und Kommandeur Territoriale Aufgaben auf der Besuchertribüne des Landtags, Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz, Vertreter von Feuerwehr und Rettungsorganisationen – alles ein Hinweis auf das Thema des Tages: In seiner Regierungserklärung zu „Verteidigung und Resilienz“ blickte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) mit Schärfe auf die Fehler der Vergangenheit und jene, die daraus, aus Kretschmanns Sicht, nicht die richtigen Lehren ziehen.

„Deutschland ist so sicher wie nie, das wurde zwei Jahrzehnte erzählt. Das war eine Illusion, das wissen wir heute. Die Realität wollten viele nicht sehen, auch als Russland 2008 Georgien angriff und 2014 die Krim annektierte.“ Erst als 2022 Russland die Ukraine erneut angriff, sei es zur Zeitenwende gekommen. Kretschmann weiter: „Trotzdem halten einige an den alten Illusionen fest, dass es nur noch mehr Verhandlungen braucht, oder dass wir uns im Ernstfall hinter den USA verstecken könnten.“ Es sei aber anzunehmen, dass Putin nicht haltmache, wenn ihm kein Widerstand entgegengesetzt werde. „Unser Ziel ist Frieden. Wir brauchen Aufrüstung, um den Frieden zu sichern, dafür leisten wir als Land unseren Beitrag.“

Kretschmann betonte, dass Verteidigung und Resilienz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Es gehe auch um den Willen, „uns zu verteidigen“. Er wünsche sich mehr Mut zu solchen Debatten, etwa zum Thema Wehrpflicht. Und mehr Einsicht in das Notwendige: „Es ist die Aufgabe der Bürger, die neuen Realitäten anzunehmen. Streitkräfte werden vor Ort wieder präsenter werden.“

Kretschmann lobte ausdrücklich den Einsatz der Soldaten und Soldatinnen, von ehrenamtlich Engagierten bei Feuerwehr, THW, auch der Arbeit der Jugendoffiziere in den Schulen. Ein Lob für diesen gesamten Personenkreis, dem sich später nahezu alle Redner anschlossen.

Kretschmann beschrieb die Aufgaben, die sich Baden-Württemberg stellten. Man habe 140 Aufgaben identifiziert, quer über die Bereiche Infrastruktur, Cybersicherheit, Zivilschutz, die Abwehr hybrider Angriffe, medizinische Versorgung, Lieferketten bis hin zur Rüstung. Bei letzterem gelte: „Die Landesregierung verfolgt einen sehr klaren Kurs, wir wollen, dass die Wirtschaft sich in diesem Feld engagiert.“

Der Ministerpräsident machte ein Versprechen an die Unternehmer: „Sie haben die volle Rückendeckung der Landesregierung, wenn Sie bereits darin tätig sind und wenn Sie neu darüber nachdenken, einen Beitrag für Sicherheit und Verteidigung zu leisten. Das ist erwünscht und gewollt.“ Man brauche schnellere Genehmigungsverfahren durch den Bund, auch eine bessere finanzielle Ausstattung.

Kretschmann sprach den Operationsplan Deutschland der Bundeswehr an, der Verpflichtungen für die Bundesländer bringt. „Wenn es zum Ernstfall kommt, müssen die Truppen hier durch.“ Es gehe um instandgesetzte Brücken, Versorgung, Schlafplätze oder Notfallkapazitäten in den Krankenhäusern. Der Ministerpräsident verwies zudem auf die hohe Kompetenz des Landes in Forschung und Wissenschaft, gerade im Bereich Sicherheit. Er kündigte einen „Fortbildungsbooster“ an den Hochschulen zum Thema Sicherheit an, um etwa Genehmigungen schneller und besser umsetzen zu können sowie einen „Innovationscampus Sicherheit“.

CDU-Fraktionschef Manuel Hagel sagte: „Gerade wir Europäer sollten aus unserer wechselvollen Geschichte erkannt haben, Frieden ist kein Geschenk, verlangt Mut und Entschlossenheit.“ Hagel bekannte: „Machen wir uns ehrlich, wir alle sind dieser Aufgabe in den vergangenen Jahrzehnten allzu naiv begegnet.“ Und weiter: „Unserer Bundeswehr gilt unser Respekt und volle Unterstützung.“ Dies gelte auch für den Umgang im Alltag mit Uniformierten, hier habe man Nachholbedarf.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sagte. „Das meiste, was Sie gesagt haben, können wir teilen.“ Er fragte aber mit Blick auf die Grünen-Fraktion spitz, ob das, „was der General Kretschmann gesagt hat, auch alle in der Infanterie der Grünen so teilen, auch die Unteroffiziere, die hier so sitzen?“

Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz sagte: „Wer in Freiheit leben will, muss bereit sein, diese Freiheit zu schützen. Wir müssen verteidigungsfähig werden, um uns nicht verteidigen zu müssen.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch betonte: „Wir als SPD wissen, was geboten ist. Er verlange aber „konkrete Kraftanstrengungen, nicht nur die Einrichtung von Planungsgruppen“. Es gelte die Resilienz auf allen Ebenen stärken. Stoch forderte Kretschmann auf: „Es braucht nicht nur kluge To-Do-Listen, es braucht oft schlicht nur die Mittel, um diese Änderungen umsetzen zu können.“

Bröckelnde Brandmauer

Bündnis mit rechtsextremer Partei: Viele im Land dafür

Heidelberg. (sös) Ein relativer großer Anteil der Baden-Württemberger befürwortet eine politische Annäherung an die rechtsextreme AfD. Das ist ein Ergebnis des BaWü-Checks, der gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage. So gaben 21 Prozent der Befragten bei der Frage nach ihrer Wunschkoalition nach der Landtagswahl im März eine Koalition aus CDU und AfD an.

Auch das Konzept einer „Brandmauer“, also der klaren Abgrenzung von der AfD durch andere Parteien, wird von 42 Prozent in Frage gestellt. So sind 29 Prozent offen für eine Zusammenarbeit anderer Parteien mit der Rechtsaußen-Partei, 13 Prozent befürworten gar eine Koalition. 46 Prozent gaben an, jede Art der Zusammenarbeit solle ausgeschlossen werden.

Eine Zusammenarbeit wird dabei nicht nur von 92 Prozent der potenziellen AfD-Wähler gefordert, sondern auch in größerer Zahl von den Anhängern des BSW (insgesamt 62 Prozent), der FDP (44 Prozent) und der CDU (41 Prozent). Die größte Ablehnung gibt es unter den Anhängern der Grünen – hier sind 82 Prozent für einen Ausschluss der Zusammenarbeit. 71 Prozent geben das bei den SPD- und Linken-Wählern an. Auf Seiten der CDU sind es 51 Prozent, beider FDP 45 Prozent, beim BSW 29 Prozent.

Das absehbare weitere Erstarken der AfD beobachtet weiterhin eine knappe Mehrheit der Befragten mit Beunruhigung: Das sagten 53 Prozent, während 24 Prozent die vorausgesagten Stimmengewinne gut heißen. 11 Prozent ist die Entwicklung egal, 12 Prozent waren unentschieden. Besonders beunruhigt sind die potenziellen Wähler der Grünen (86 Prozent) und der Linken (80 Prozent). Es folgen SPD (74) und CDU (60). Bei den FDP-Anhängern sagten nur 49 Prozent, sie seien beunruhigt.

ANZEIGEN